

Medienmitteilung

Thema	Interpellation: Finanzielle Risiken für Basel wegen riskanter US-Geschäfte der BKB Die Grünliberalen meinen, dass die Regierung angesichts der Bedrohung der Basler Kantonalbank wegen riskanter US-Geschäfte nicht passiv sein und die gesamte Verantwortung an Geschäftsleitung, Bankrat und Bund delegieren darf. Sie hat als Eignervertreterin und mit Blick auf die Staatsgarantie eine Verantwortung. In einer Interpellation stellen die Grünliberalen Fragen dazu.
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Telefon 079 517 21 17 Dieter Werthemann, Fraktionspräsident, Telefon 0
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Postfach, 4015 Basel bs@grunliberale.ch www.bs.grunliberale.ch
Datum	5. Februar 2012

Die Bank Wegelin ist an den Vorwürfen der Beihilfe zur Steuerhinterziehung aus den USA zugrunde gegangen. Die Basler Kantonalbank (BKB) gehört ebenfalls zu den Banken im Visier der US-Justiz. Auch wenn die BKB nicht direkt mit dem Fall Wegelin zu vergleichen ist, bestehen für sie dennoch akute und grosse Risiken. Mit der Staatsgarantie hätten die Basler Steuerzahler/-innen die Folgen zu tragen. Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass die Regierung daher nicht passiv sein und die gesamte Verantwortung an Bankrat und Bund delegieren darf. Sie hat als Eignervertreterin eine Verantwortung. Wie sie diese sieht, welchen Handlungsspielraum sie hat, wie hoch sie das Risiko einschätzt, ob sie auf Bundesebene aktiv ist und ob eine Änderung in der Staatsgarantie nötig ist, wollen die Grünliberalen in einer Interpellation von der Regierung wissen (vgl. beiliegende Interpellation von David Wüest-Rudin).

Die älteste Schweizer Privatbank Wegelin & Co ist infolge von Vorwürfen der Beihilfe zur Steuerhinterziehung aus den USA zugrunde gegangen. Stimmen werden laut, dass mit dem Ende der Bank Wegelin der Druck für die übrigen zehn Banken ansteige, die ab 2008 ebenfalls amerikanische UBS-Kundengelder übernommen haben. Zu dieser Gruppe von Instituten, deren vermutete Verfehlungen derzeit Gegenstand von Verhandlungen auf höchster Ebene zwischen Bundesbern und Washington sind, gehört auch die Basler Kantonalbank (BKB). Der Kanton Basel-Stadt muss dabei aufgrund der Staatsgarantie für finanzielle Schäden und Folgen gerade stehen. Wegelin & Co ist vermutlich nicht direkt mit der BKB vergleichbar. Aber was jede Bank in ihrer Existenz gefährdet sind nicht Straf- oder Vergleichszahlungen, sondern Retorsionsmassnahmen der USA, zum Beispiel im Falle einer Strafanklage, insbesondere das Verunmöglichen des USD Clearings sowie die Kündigung des QI-Agreements. Als Folge würde die BKB wohl alle institutionellen Kunden sowie eine Vielzahl von Privatkunden verlieren. Das aber trifft das tägliche Geschäft einer Bank derart tiefgreifend, dass die Konsequenzen wohl dramatisch wären (siehe Wegelin). Wenn man sich nun noch vor Augen führt, dass die Bilanzsumme der BKB etwa sechs mal grösser ist als jene des Kantons, ist die Situation doch besorgniserregend.

Die Basler Regierung gibt sich demgegenüber gelassen. Die Bank sei finanziell solid genug (gedacht wird vermutlich an Straf- oder Vergleichszahlungen). Zudem sei die Regierung nicht zuständig, operativ sei dies die Geschäftsleitung der BKB, Aufsichtsgremium sei der vom Grossen Rat gewählte Bankrat. Die Regierung warte daher die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Bundesbern und Washington ab.

Für die Grünliberalen ist es fraglich, ob sich die Regierung in diesem Fall einfach passiv verhalten soll und darf. Sie steht als Eignervertreter in der Pflicht, möglichen Schaden vom Kanton und den Steuerzahlenden abzuwenden, allenfalls in Kooperation mit dem Bankrat. Der Grünliberale Grossrat David Wüest-Rudin hat deshalb in einer Interpellation fragen an die Regierung gestellt. Er will wissen, 1) ob die Regierung auch ein Risiko erkennt und wie hoch sie es einschätzt, 2) ob sie ebenfalls die Pflicht und den Handlungsspielraum sieht, Schaden für Basel abzuwenden, 3) ob sie dazu auf Bundesebene interveniert und schliesslich 4) ob die aktuelle Situation nicht die Staatsgarantie zur Disposition stellt, zumindest partiell.